

Presseaussendung

Initiativantrag „Freie Felder – Bodenschutz in Wiener Neustadt“

(Wr. Neustadt, 12.12.2022) In der Gemeinderatssitzung am 12.12. wurde die Behandlung des Initiativantrags „Freie Felder – Bodenschutz in Wiener Neustadt“ von einer langen Debatte begleitet. Obwohl der Initiativantrag allseits begrüßt und die Wichtigkeit des Themas betont wurde, wurden die Forderungen nicht angenommen.

Die zentralen Forderungen, die mit der Unterstützung von 1 800 Menschen in den Gemeinderat gelangten, lauteten, große landwirtschaftliche Ackerflächen am Stadtrand als zusätzliche Betriebserweiterungsgebiete auszuschließen. Im Stadtentwicklungsplan 2030+, der im Frühjahr beschlossen wurde, sind diese Äcker als mögliche Betriebserweiterungsgebiete vorgesehen (Maßnahme 16 und 19), obwohl große Mengen an Baulandreserven, Brachflächen und Leerständen in Wiener Neustadt vorhanden sind.

Ersetzt wurden die Forderungen durch einen Abänderungsantrag. Dieser beinhaltet das verbindliche Bekenntnis der Stadtregierung unter Bürgermeister Schneeberger, die vorhandenen Baulandreserven für Betriebe zu nutzen, bevor in die Fläche erweitert wird. Felder mit hoher Ackerwertigkeit sollen dabei an letzter Stelle stehen. Ausgenommen werden sie aber nicht. Damit hält die Stadtregierung an den möglichen Erweiterungsgebieten für Betriebe am Stadtrand fest.

„Wir begrüßen die inhaltlichen Ergänzungen, möchten aber festhalten, dass die im Initiativantrag formulierten Forderungen damit nicht erfüllt wurden. Für uns sind die im Initiativantrag behandelten Gebiete am Stadtrand zu wertvoll, um für Betriebserweiterungen in Frage zu kommen“, so die Initiatorin Pia Lutterschmidt (22).

Mit der am Montag beschlossenen Ergänzung zur STEP-Verordnung hoffen die Initiator*innen, dass der Realisierungsdruck auf den betreffenden Flächen am Stadtrand zumindest gemildert wird.

Dave Kock (22) dazu: „Ein STEP ist ein Dokument, das „weiterlebt“ und künftig immer wieder Überarbeitungen erfahren wird. Wir hoffen für die Zukunft auf politische Entscheidungen im Sinne des Bodenschutzes und auf kritische Bürger*innen, die zur gegebenen Zeit die nicht vermehrbare Ressource „Boden“ immer wieder in den Fokus der politischen Diskussion rücken.“